

Antrag

der Abgeordneten Hans-Günther Toetemeyer, Brigitte Adler, Ingrid Becker-Inglau, Hans Gottfried Bernrath, Rudolf Bindig, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Dr. Eberhard Brecht, Freimut Duve, Dr. Horst Ehmke (Bonn), Katrin Fuchs (Verl), Dr. Peter Glotz, Dr. Ingomar Hauchler, Dr. Uwe Holtz, Dr. Karl-Heinz Klejdzinski, Hans Koschnick, Dr. Klaus Kübler, Christoph Matschie, Markus Meckel, Volker Neumann (Bramsche), Manfred Opel, Dieter Schanz, Dr. Hermann Scheer, Günter Schluckebier, Dr. R. Werner Schuster, Dr. Hartmut Soell, Dr. Peter Struck, Joachim Tappe, Margitta Terborg, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Hans Wallow, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Verena Wohlleben, Dr. Christoph Zöpel, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Beendigung des Bürgerkrieges in Angola und Hilfe für die betroffenen Menschen

Im September 1992 wurden in Angola die ersten freien und demokratischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen abgehalten. Das Votum der angolanischen Bevölkerung fiel eindeutig zugunsten der Regierungspartei MPLA und des amtierenden Staatspräsidenten José Eduardo dos Santos aus. Obwohl eine internationale Beobachterdelegation unter Leitung der Vereinten Nationen die Rechtmäßigkeit der Wahlen bestätigte, erkannte die von Jonas Savimbi geführte Rebellenorganisation UNITA das Ergebnis nicht an. Nach Verkündung des offiziellen Wahlergebnisses begann die UNITA mit militärischen Aktionen in weiten Teilen des Landes.

Der durch das Abkommen von Bicesse im Mai 1991 mühsam in Gang gesetzte Friedensprozeß in Angola wurde somit abrupt unterbrochen. Den Kampfhandlungen, die inzwischen zwei Drittel des Landes erfaßt haben, sind bereits über 25 000 Menschen zum Opfer gefallen. Über zwei Millionen Menschen sind im eigenen Land auf der Flucht. Die Kriegführung richtet sich nicht mehr allein gegen militärische Stellungen, sondern gegen die Zivilbevölkerung und wichtige Infrastruktureinrichtungen.

Alle Appelle des VN-Sicherheitsrates an die UNITA zur sofortigen Einstellung der Kampfhandlungen blieben bisher ergebnislos. Trotz eines Ultimatums der Vereinten Nationen hat es die UNITA abgelehnt, an den Friedensverhandlungen mit der angolanischen Regierung in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba teilzunehmen.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sowohl im bilateralen als auch im multilateralen Rahmen (EG, Vereinte Nationen) alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auszuschöpfen, die beiden Kriegsparteien zur sofortigen Einstellung der Kampfhandlungen zu bewegen. Dabei ist Jonas Savimbi deutlich zu machen, daß die Bundesrepublik Deutschland eine durch militärische Gewaltakte an die Macht gelangte UNITA-Regierung in Angola nicht anerkennen wird;
2. umgehend Maßnahmen zu ergreifen, um über Nichtregierungsorganisationen die notleidende angolansische Bevölkerung, insbesondere die Flüchtlinge, mit Lebensmitteln und Medikamenten zu versorgen.

Bonn, den 12. Mai 1993

Hans-Günther Toetemeyer
Brigitte Adler
Ingrid Becker-Inglau
Hans Gottfried Bernrath
Rudolf Bindig
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Dr. Eberhard Brecht
Freimut Duve
Dr. Horst Ehmke (Bonn)
Katrin Fuchs (Verl)
Dr. Peter Glotz
Dr. Ingomar Hauchler
Dr. Uwe Holtz
Dr. Karl-Heinz Klejdzinski
Hans Koschnick
Dr. Klaus Kübler
Christoph Matschie

Markus Meckel
Volker Neumann (Bramsche)
Manfred Opel
Dieter Schanz
Dr. Hermann Scheer
Günter Schluckebier
Dr. R. Werner Schuster
Dr. Hartmut Soell
Dr. Peter Struck
Joachim Tappe
Margitta Terborg
Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Hans Wallow
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Verena Wohlleben
Dr. Christoph Zöpel
Hans-Ulrich Klose und Fraktion